

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/03 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, den 29.02.2012, 18:03 Uhr bis 23:00 Uhr

Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|--------------------------|
| 1. | Ratsherr | Hoffmeister, Christian |
| 2. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 3. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-----------------------|
| 4. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 5. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 6. | Ratsfrau | Klein, Bettina |
| 7. | Ratsherr | Messing, Peter |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 10. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
|-----|----------|-------------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|--------------------|
| 11. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
|-----|----------|--------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------|---------------------------|
| 12. | Herr | Bischoff, Claus |
| 13. | Herr | Gaum, Wilfried |
| 14. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------|
| 15. | Leitung Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard |
| 16. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 17. | Fachdienstleiter | Kramer, Heiko |
| 18. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 19. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 20. | Fachdienstleiter | Pape, Marcus |
| 21. | Fachdienstleiterin | Schwark, Anke |
| 22. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |
| 23. | Verwaltungsangestellte | Zeuschner-Barchmann, Heidi |

als Gäste

- | | | |
|-----|----------|-------------------------|
| 24. | Ratsherr | Neddermeier, Karl-Heinz |
|-----|----------|-------------------------|

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|------|----------------|
| 25. | Frau | Ganther, Fenja |
| 26. | Herr | Rasser, Thomas |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Protokolle über die 01. und 02. Sitzung/XVII. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung vom 14.12.2011 und 11.01.2012
4. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016
XVII/0031
5. Einführung einer Kulturabgabe
- Antrag der UWG-Fraktion vom 27.01.2012-
XVII/0081
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012
XVII/0035
7. Anweisung der Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH
XVII/0065
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Die Tagesordnung in der vorliegenden Form wird für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung in der vorliegenden Form wird für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil beschlossen.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Seegers-Krückeberg fragt zur Grundschule Bantorf, wie man zu der angegebenen Ersparnis aus dem Vorschlag gelangen könne und ob die Schließung der Schule für 2012 oder 2016 vorgesehen sei.

Herr Lahmann antwortet, dass es sich um einen Vorschlag aus dem Schulbereich und einem aus dem Bereich der Gebäudewirtschaft handele, die beide darstellen, wie die Einsparungen erzielt werden sollen. Demnach ist der früheste Umsetzungszeitpunkt laut Vorschlag des Schulbereichs ab dem Jahr 2016, auch wenn eine gebäudewirtschaftliche Umsetzung bereits ab 2012 umsetzbar wäre.

Frau Seegers-Krückeberg fragt, warum die Stadtsparkasse Barsinghausen keine Gewinnausschüttung an die Stadt vornehme und damit zur Haushaltssicherung beitrage. Herr Zieseniß antwortet, dass die endgültige Entscheidung über eine Gewinnausschüttung beim Verwaltungsrat liege und nicht von der Verwaltung angeordnet werden könne.

Herr Klockow ergänzt, dass ursprünglich 500.000 EUR in die Berechnungen zur Haushaltssicherung eingerechnet wurden. Die Herausnahme dieser Gewinnausschüttung entspreche einer Anhebung der Hebesätze um weitere 50-60 Punkte. Er könne die Haltung der Verwaltungsratsmitglieder in diesem Punkt nicht verstehen.

Herr Zieseniß sagt, es gäbe in Niedersachsen nur 3 von 46 Sparkassen, die eine Gewinnausschüttung vornehmen.

Herr von Berckefeldt fragt nach den sehr hohen Krediten, die ausweislich des Geschäftsberichts der Stadtsparkasse an die Verwaltungsratsmitglieder vergeben worden seien. Eine Erklärung kann in diesem Ausschuss nicht gegeben werden. Herr Bischoff gibt zu Bedenken, dass eine Sparkasse, die durch eine Ausschüttung ggf. nicht mehr wirtschaften kann, der Stadt nichts bringen würde.

Frau Seegers-Krückeberg sagt, dass nach Bewertung vom ursprünglichen Überschuss von 4,6 Mio. EUR noch ein Überschuss von 1,2 Mio. EUR bestünde. Da stelle sie sich vor, dass eine Gewinnausschüttung von 500.000 EUR an die Stadt durchaus umsetzbar sei. Ihr sei außerdem bekannt, dass die Sparkassen in der Regel ausschütten würden und nicht in Ausnahmefällen.

Herr Zieseniß erneuert seine Aussage, dass lediglich 3 von 46 Sparkassen in Niedersachsen eine Gewinnausschüttung durchführen.

3. Genehmigung der Protokolle über die 01. und 02. Sitzung/XVII. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung vom 14.12.2011 und 11.01.2012

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Protokolle über die 01. und 02. Sitzung/XVII. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung vom 14.12.2011 und 11.01.2012 werden genehmigt.

**4. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016
Vorlage: XVII/0031**

Herr Steuernagel klärt mit dem Ausschuss die Vorgehensweise. Herr Lahmann empfiehlt dem Rat eine Beschlussempfehlung vorzulegen, bei dem alle Punkte zusammen abgestimmt werden können und eine Einzelabstimmung im Rat vermieden wird.

Es wird festgehalten, dass nur die in den Vorgesprächen als strittig gekennzeichneten Vorschläge in diesem Ausschuss einzeln diskutiert und abgestimmt werden, um so ein zu beschließendes Gesamtpaket zu erhalten.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde erkundigt sich Herr Waldo, wie die Stellungnahmen der Bürger in die Vorschläge eingearbeitet wurden. Herr Lahmann antwortet, dass jede Stellungnahme den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Waldo fragt weiter, ob das derzeitige Schulniveau trotz der Sparvorhaben aufrecht gehalten werden kann. Herr Messing antwortet, dass dies durch phantasievollen Umgang mit den Geldern für ihn durchaus denkbar ist. Herr Schroth sagt, die CDU lehne Kürzungen im Schulsektor ab, da die Bildung ein wichtiger Eckpfeiler sei. Herr Messing sagt, dass Gespräche mit den Schulen geplant seien.

Herr Waldo möchte wissen, in welcher Form die Schulen bei den Sparmaßnahmen einbezogen wurden und ob diese auch eigene Vorschläge erarbeitet hätten. Er denkt hierbei an Maßnahmen wie die Abschaltung der Heizungen in den Schulferien, die Minimierung von Vandalismus und dgl. Frau Klein antwortet, dass der Rat das Problem hat, eine konkrete Zahl einzusparen. Vorschläge, die nicht eindeutig bezifferbar sind, könnten so nicht beschlossen und einbezogen werden. Herr Lahmann ergänzt, dass die Gebäudewirtschaft die angesprochenen Beispiele teilweise schon umsetzt, insbesondere im Hinblick auf die Heizkosten in den Ferien.

Herr Martin von Berckefeldt erkundigt sich, warum die KfZ-Zulassung geschlossen werden solle. Herr Lahmann antwortet, dass dies originär eine Aufgabe der Region Hannover sei, die nicht kostendeckend durchgeführt werden kann. Er gehe sogar davon aus, dass die Einsparung noch höher ausfalle, als im Konsolidierungsvorschlag kalkuliert. Herr von Berckefeldt fragt, ob dadurch Personal abgebaut werden müsse. Herr Lahmann bejaht dies und fügt hinzu, dass jeglicher Personalabbau sozialverträglich durchgeführt wird, also über natürliche Fluktuation. Herr von Berckefeldt regt an, mit der Abschaffung zu warten, bis es tatsächlich einen Personalabbau in diesem Bereich gibt. Herr Lahmann sagt, dass es genauso geplant sei, bis zu einem tatsächlichen Personalabbau zu warten. Er ergänzt, dass ein Handlungskonzept zur Umsetzung der personalbedingten Vorschläge entwickelt wird und im nichtöffentlichen Teil vorgetragen wird.

Herr Gerhardt von Berckefeldt moniert, dass die kostenmäßige Entlastung der Stadt im Bereich der KfZ-Zulassung zu Lasten der Gewerbetreibenden geht. Herr Lahmann antwortet, dass diese im Rahmen der Verbandsanhörung beteiligt gewesen sind und die KfZ-Innung z.B. daran nicht teilgenommen hat.

Nach Beendigung der Bürgerfragestunde fragt Frau Zeuschner-Barchmann, ob es in den Fraktionen Überlegungen gab, wie der Vorschlag 204 umgesetzt werden solle. Mit ihr habe im Vorfeld niemand gesprochen. Frau Dr. Beckmann antwortet, dass ein Antrag der SPD-Fraktion folgen werde, nach dem die halbe Stelle zwar gestrichen werde, für die Gleichstellungsbeauftragte allerdings eine Freistellung nach Bedarf zu ermöglichen.

Herr Steuernagel verliest die Vorschläge, die zu dem Abstimmungsblock „Konsens“ gehören. Dazu gehören die Vorschläge mit den lfd. Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 16, 23, 25, 28, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 45, 46, 49, 56, 57, 64, 65, 71, 72, 74, 79, 82, 83, 84, 92, 93, 97, 98, 99, 101, 112, 113, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 125, 126, 127, 130, 131, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 142, 150, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 168, 169, 170, 172, 173, 174, 177, 178, 179, 180, 182, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201 und 202. In Summe ergibt sich hieraus eine Konsolidierungssumme von rd. 1,5 Mio. EUR. Diesen Vorschlägen wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss einigt sich, die einzelnen Vorschläge nicht lange zu diskutieren. Im Zweifel gelte die Geschäftsordnung als Orientierung.

Lfd. Nr. 12:

Es werden Änderungsanträge von der CDU, SPD und den GRÜNEN zum Vorschlag mit der lfd. Nr 12 gestellt. Die CDU- und die SPD-Fraktion ziehen ihre Anträge zurück. Frau Klein spricht im Namen der SPD-Fraktion und regt an, einen Teil der verbleibenden Mittel für die Integrationslotsen zu verwenden. Über den von Frau Westphal vorgetragenen Änderungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung abgestimmt.

Lfd. Nr. 15:

Der Vorschlag der lfd. Nr. 15 soll laut Frau Klein dahingehend erweitert werden, dass den Menschen, die in diesem Objekt derzeit untergebracht sind, eine angemessene Unterkunft gewährleistet wird. Herr Lahmann sagt, dass dies eine gesetzliche Verpflichtung der Stadt sei.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird zurückgezogen. Dem Vorschlag der lfd. Nr. 15 wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 17:

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Einsparsumme auf 0 EUR zu setzen. Dem Änderungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 20:

Frau Westphal stellt den Antrag, die vorgeschlagene Kürzung statt um 15% nur um 7,5% vorzunehmen. Der Änderungsantrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Der Ursprungsvorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Lfd. Nr. 21:

Herr Messing stellt den Antrag den Vorschlag derart zu staffeln, dass die Konsolidierungssummen in 2013 auf 25.000 EUR, in 2014 auf 50.000 EUR, in 2015 auf 55.000 EUR und in 2016 auf 60.000 EUR gesetzt werden. Dies sei mit der Feuerwehr abgesprochen. Diese glaube, dass sie die genannten Beträge erwirtschaften kann. Dem Vorschlag der lfd. Nr. 21 wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 22:

Der Vorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Lfd. Nr. 24:

Herr Messing beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die ursprünglichen 14.000 EUR ab 2013 als Konsolidierungssumme anzusetzen. Herr Lahmann ergänzt, dass es sich um einen Vorschlag des Stadtkommandos handele. Dem Änderungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 26:

Der Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 27:

Die GRÜNEN-Fraktion beantragt, die Fördersummen in den Jahren 2012 bis 2015 um jeweils 2.000 EUR auf dann 6.000 EUR zu erhöhen. Ab 2016 solle die Förderung des Kunstvereins gänzlich entfallen. Dem Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 29:

Herr Schroth sagt, dass die CDU-Fraktion gegen diesen Vorschlag sei. Die CDU setze sich dafür ein, dass zukünftig ein Kulturfond in Barsinghausen eingeführt werden solle, von dem u.a. CC&Co. abgedeckt werden würde. Herr Klockow fragt, wie konkret die Einrichtung dieses Kulturfonds sei. Herr Zieseniß ergänzt, dass es Zusagen zur Mitfinanzierung gibt und es daher durchaus realistisch ist, dass dieser zukünftig eingerichtet wird.

Den Vorschlägen 29, 30 und 34 werden jeweils mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 31:

Der Vorschlag wird wie von der Calenberger Musikschule selbst vorgeschlagen derart geändert, dass die Förderung bis 2015 normal weiterläuft und ab 2016 die Förderung komplett eingestellt wird. Dem wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 33:

Frau Dr. Beckmann beantragt den Kürzungsvorschlag damit zu verbinden, den Umzug ins alte Feuerwehrgerätehaus zu forcieren. Herr Klockow sagt, dass dies ein gesondertes Thema sei, über welches später in den Fachausschüssen diskutiert werden müsse. Herr Schroth sagt, die CDU-Fraktion könne diesem Antrag unter der Prämisse zustimmen, dass tatsächlich keine zusätzlichen Kosten entstünden.

Dem Änderungsantrag wird bei 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 35:

Herr Klockow gibt zu bedenken, dass dieser Vorschlag aus ökologischer Sicht und für die Autohäuser kontraproduktiv ist. Herr Messing entgegnet, dass der Bezug auf die Autohäuser für ihn nicht nachvollziehbar sei. Frau Westphal führt an, dass es aus ökologischen Gründen und auch hinsichtlich der Bürgerfreundlichkeit nicht sinnvoll ist, diesem Vorschlag zuzustimmen.

men. Herr Steuernagel ergänzt und weist auf die Gewerbebetriebe hin, die von der KfZ-Zulassung unmittelbar betroffen sind, wie z.B. der Schilderbetriebe. Man dürfe die Gewerbesteuer dieser Händler nicht außer Acht lassen und müsse sie bei dem Vorschlag dagegen rechnen. Herr Lahmann sagt dazu, dass diese Gewerbebetreibenden aufgrund der Freibeträge keine bzw. minimale Gewerbesteuer zahlen.

Dem Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 41:

Frau Westphal beantragt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung. Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Konsolidierungssumme auf 5.000 EUR zu reduzieren. Die Mitgliedschaft in der Tourismusregion Hannover solle erhalten bleiben. Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 47 und 63:

Dem Vorschlag 47 wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt. Zum Vorschlag 63 stellt die CDU-Fraktion den Antrag, die Konsolidierungssumme erst ab 2016 anzusetzen. Dem Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 50:

Frau Westphal beantragt eine 2-minütige Sitzungsunterbrechung. Diesem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Frau Westphal beantragt die vorgesehene Kürzung der Vorschläge 50, 51 und 52 auf die Hälfte zu reduzieren. Der Antrag wird jeweils mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Dem Ursprungsvorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 51:

Dem Ursprungsvorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 52:

Dem Ursprungsvorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 53:

Der Maßnahme wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 54:

Frau Klein stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, das Schulbudget nur um 20 EUR pro Schüler zu reduzieren und damit die Konsolidierungssumme auf 5.900 EUR festzusetzen. Dem Änderungsantrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 55:

Frau Klein bittet, auf den Konsolidierungsvorschlag zu verzichten. Sie halte die Förderung durch ProBeruf für die Schülerinnen und Schüler an der Bert-Brecht-Schule für zwingend notwendig. Der Vorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Lfd. Nr. 58:

Frau Dr. Beckmann beantragt für die SPD-Fraktion ab dem Jahr 2015 einen Sparbetrag von 10.000 EUR anzusetzen, der durch Einsparbemühungen der VHS erwirtschaftet werden

müsse. Die ursprünglich vorgesehene Summe würde zu einer Einstellung der VHS führen, was die SPD-Fraktion nicht mittragen könne.

Herr Müller sagt, dass ein derartiger Antrag keine Anerkennung durch das Land erhalten würde. Frau Dr. Beckmann formuliert den Antrag dahingehend um, dass lediglich der Sparbetrag von 10.000 EUR ab 2015 angesetzt werde. Herr Lahmann sagt zu, den ursprünglichen Antrag derart umzurechnen, dass als Summe 10.000 EUR heraus kommt und somit vom Prinzip dem Änderungsantrag von Frau Dr. Beckmann entspricht. Dem geänderten Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 60:

Frau Dr. Beckmann beantragt, dass ein Konsolidierungsbeitrag durch Anpassung der Nutzungsentgelte und Änderung der Öffnungszeiten auf 10.000 EUR festgesetzt wird und damit die Stadtbücherei erhalten bleiben könne. Herr Klockow fragt, ob der Sanierungsbedarf der Wilhelm-Stedler-Schule bedacht wurde. Er gibt zu bedenken, dass noch gar nicht feststehe, welche Gebäude mittelfristig erhalten bleiben. Herr Messing spricht sich für einen Erhalt aus. Herr Lahmann fasst zusammen, dass die Reduzierung der Öffnungszeiten an den Vormittagen zu einer Reduzierung des Personals führe. Die Berechnung der Benutzungsgebühren könne dann anschließend erfolgen. Dem Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 62:

Herr Klockow sagt, dass an der AGS eine Ganztagschule errichtet und der Hort geschlossen wurde bei gleichzeitiger Verdopplung der Schülerzahlen. Er hält es für eine unglückliche Entscheidung in diesem Brennpunkt das Ganztagsangebot zu reduzieren. Frau Dr. Beckmann sieht ebenfalls ein erhöhten Betreuungsbedarf und eine schwierige soziale Lage der Schule, so dass die SPD-Fraktion dem Konsolidierungsvorschlag nicht zustimmen könne. Der Vorschlag wird mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 66:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 67:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 68:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 69:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 70:

Die SPD-Fraktion spricht sich gegen die Einstellung des Ferienpasses aus, hält eine eine Einsparung in Höhe von 15% durch eine Angebotsreduzierung für umsetzbar. Der Konsolidierungsbeitrag ändere sich dadurch auf 6.720 EUR.

Die CDU-Fraktion spricht sich für einen Erhalt des Ferienpasses aus. Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 72:

Da der Ferienpass nicht abgeschafft wurde, sondern nur eine Einsparung von 15% beschlossen wurde, kann dieser Alternativvorschlag abgestimmt. Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 73

Frau Dr. Beckmann stellt den Änderungsantrag den Beitrag auf 10 EUR anstatt auf 9 EUR zu erhöhen. Dem Änderungsantrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 75:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 76:

Frau Dr. Beckmann beantragt die Konsolidierungssumme auf 15% zu reduzieren. Dem wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 77:

Frau Dr. Beckmann beantragt die Konsolidierungssumme auf 15% zu reduzieren. Dem wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 81:

Herr Messing beantragt die Kindergartengebühren bis zum Jahr 2016 jährlich nur um 3% zu erhöhen. Herr Schroth beantragt eine Erhöhung der Kindergartengebühr um jährlich 2,5%. Dem Antrag der CDU-Fraktion wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt. Der weiterführende Antrag der SPD-Fraktion wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen, so dass für die Haushaltssicherung eine jährliche Gebührenerhöhung von 3% bis 2016 umgesetzt werden soll.

Lfd. Nr. 85:

Dem Vorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 86:

Herr Messing spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen diesen Konsolidierungsvorschlag aus. Er sehe aufgrund einer möglichen Erweiterung und eines möglichen Neubaus eine unklare Situation, die jetzt nicht entscheiden werden könne. Der Vorschlag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Lfd. Nr. 87:

Die SPD-Fraktion beantragt eine Gebührenerhöhung auf 10 EUR statt auf 9 EUR. Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Dem Ursprungsvorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 88:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 89:

Dem Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 90:

Dem Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 91:

Herr Messing verweist auf den Antrag zu den Kindergartengebühren und beantragt eine jährliche Erhöhung der Gebühr um 3% anstatt um 5%. Herr Schroth verweist ebenfalls auf den Antrag zu den Kindergartengebühren und beantragt eine jährliche Erhöhung um lediglich 2,5%. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt. Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 94:

Der Vorschlag wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 95:

Herr Schroth beantragt die Reduzierung der Vollzeitäquivalente von 2,0 auf 0,5, so dass die Konsolidierungssumme bei 24.800 EUR liegen würde. Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt. Der ursprüngliche Konsolidierungsvorschlag wird einvernehmlich abgelehnt.

Lfd. Nr. 96:

Dem Vorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 100:

Frau Klein beantragt für die SPD-Fraktion, die Umsetzung des Vorschlags erst ab dem Jahr 2014 durchzuführen. Sie erhoffe sich eine Lösung mit Hilfe von Dritten zur Aufrechterhaltung der Aufgabe. Herr Schroth ergänzt, dass es sich um eine Aufgabe der Region Hannover handle, so dass die Region die Aufgabe auch übernehmen müsse. Herr Lahmann sagt, dass die Stadt Barsinghausen die Aufgabe frühzeitig eingeführt hat und auch umfangreicher ausübt als gefordert. Mittlerweile gäbe es eine gesetzliche Pflicht zur Ausübung der Aufgaben, so dass die Region dies im Zweifelsfall zwingend übernehmen müsse. Dem Änderungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 102:

Frau Klein beantragt eine Erhöhung statt auf 9 EUR auf 10 EUR. Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt. Dem Ursprungsvorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 103:

Dem Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 104:

Der Vorschlag wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 105:

Dem Vorschlag wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 106:

Die CDU-Fraktion spricht sich gegen eine Kürzung der Sportförderung aus. Herr Schroth halte die Sportvereine für stark genug belastet. Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 107:

Der Vorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 111:

Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 108:

Da mit dem Vorschlag der lfd. Nr. 111 das Lehrschwimmbecken ab 2016 geschlossen wird, kann der Vorschlag 108 nur noch die Zeit bis 2016 erfassen. Herr Neddermeier erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und schlägt vor, den Vorschlag dahingehend umzubenen, dass eine Stundenverlagerung von samstags auf die Tage Montag bis Freitag vollzogen wird und dass die Vereine die Endreinigung an den Tagen Montag bis Freitag übernehmen.

Dem Änderungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 109:

Es wird darauf hingewiesen, dass der Vorschlag im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe umbenannt wurde und nunmehr „Verbrauchskostenbeteiligung, Verbrauchsoptimierung und Energiesparmaßnahmen“ laute. Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 110:

Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt. Herr Lahmann hält fest, dass zur Umsetzung die Richtlinie aufgehoben werden müsse.

Lfd. Nr. 114:

Herr Klockow kann nicht nachvollziehen, warum die Stadt Eigenanteile mitfinanziert, wenn andere Städte von der Region eine Komplettförderung erhalte. Herr Lahmann sagt, dass er dies überprüfen lassen wird. Herr Müller weist darauf hin, dass es sich bei dem Vorschlag um die anteiligen Personalkosten handele. Der Vorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 124:

Der Vorschlag wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 127:

Dem Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 128:

Der Vorschlag wird mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Lfd. Nr. 129:

Frau Westphal erläutert den Antrag der GRÜNEN-Fraktion. Sie möchte anstelle von einer Parkraumbewirtschaftung eine erhöhte Überwachung des ruhenden Verkehrs etablieren und glaubt, dass dadurch eine Konsolidierungssumme erzielt werden kann.

Dem Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 132:

Der Vorschlag wird mit 0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 133:

Dem Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 140:

Herr Klockow hält die Städtebauförderungsprogramme für sehr wichtig und möchte daran festhalten. Er weist darauf hin, wie gering der städtische Eigenanteil dadurch ist. Herr Schroth sagt, dass auch die CDU-Fraktion an den Förderprogrammen festhalten wolle, sich aber eine Kürzung um 25% vorstellen könne.

Herr Lux stellt einen Änderungsantrag, der vorsieht, das Förderprogramm „Soziale Stadt“ weiterzuführen und für das Förderprogramm „Innenstadt“ ein Abschlusskonzept zu erstellen, welches eine Rückerstattung der bisher gewährten Fördermittel ausschließt. Die Konsolidierungssumme reduziert sich dadurch auf 84.700 EUR im Jahr 2016. Dem Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 141:

Dem Vorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 151:

Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 166:

Herr Lux schlägt vor, die Aussetzung der Einzahlung in die Kapitalrücklage erst ab dem Jahr 2015 durchzuführen. Herr Messing beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 2 Minuten.

Diese wird einvernehmlich durchgeführt.

Die SPD-Fraktion sieht durch das Aussetzen der Einzahlung in die Kapitalrücklage ein Liquiditätsproblem bei den Stadtwerken. Herr Schroth entgegnet, dass der eigene Haushalt in diesem Fall vorgehen müsse. Herr Messing stellt einen Abänderungsantrag und möchte die Einzahlungen in die Kapitalrücklage erst ab dem Jahr 2016 aussetzen. Dem Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion mit Berücksichtigung der Abänderung auf die Einschränkung auf das Jahr 2016, wie von der SPD-Fraktion vorgeschlagen, wird mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 171:

Frau Westphal beantragt die Reduzierung der Ratsmitglieder auf 32 für die nächste Ratsperiode. Dem Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 175:

Herr Schroth beantragt, den Einsparbetrag zu halbieren auf 7.200 EUR. Dem Änderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt

Lfd. Nr. 176:

Der Vorschlag wird mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Lfd. Nr. 181:

Die SPD-Fraktion beantragt den Vorschlag nur teilweise umzusetzen, so dass eine Einsparsumme von 350 EUR übrig bleibt. Der Beitrag für den Energietisch solle auf 200 EUR reduziert werden. Dies sei ein Vorschlag des Energietisches selbst. Dem Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 183:

Frau Westphal beantragt die Fraktionsgeschäftsführungskosten um 15% zu reduzieren, so dass sich eine Konsolidierungssumme von 2.070 EUR ergibt. Dem Änderungsantrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 185:

Herr Lux sagt, dass er im Vorfeld festgestellt habe, dass es keine Konsolidierungsoption darstellt, da das Bezugsjahr das Jahr 2011 war. Seine Berechnungen wurden an die Verwaltung und alle Fraktionen versendet. Er fügt hinzu, dass bei zukünftiger Einstellung von jeweils einem Auszubildenden und einem Anwärter keine Konsolidierung eintritt, da im Bezugsjahr 2011 nur Kosten ab August einbezogen waren. In Summe ergibt sich, dass hier kein Konsolidierungsvorschlag vorliegt. Der Vorschlag wird einvernehmlich gestrichen.

Lfd. Nr. 186:

Dem Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 187:

Dem Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 203:

Dem Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 204:

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Stelle zwar um 0,5 VZÄ zu reduzieren. Die Aufgabe der Gleichstellung solle aber zukünftig auch durch die Verwaltung stattfinden. Sie stelle sich da eine Freistellung nach Bedarf vor. Herr Lahmann sagt, dass eine derartige Variante keine Konsolidierung darstellt, da die Personalkapazitäten in anderen Bereichen erhöht würden durch diese zusätzliche Aufgabe. Frau Dr. Beckmann zieht den Antrag zurück.

Herr Klockow stellt den Antrag, die derzeitige Stelle der Gleichstellungsbeauftragten um 0,4 VZÄ auf 0,1 VZÄ zu reduzieren, so dass ein Konsolidierungsbeitrag von 29.952 EUR entsteht. Diesem Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 205:

Der Begriff „Kulturabgabe“ wie vom UWG-Antrag bezeichnet, ist rechtlich nicht möglich. Es wird sich darauf geeinigt dies auf Bettensteuer umzubenennen. Herr Neugebauer verweist auf den Antrag, der unter TOP5 behandelt werden sollte. Herr Klockow hält diese Bettensteuer für schwierig, da der personelle Verwaltungskostenanteil nicht abschätzbar ist. Er sagt außerdem, dass noch nicht sicher sei, ob diese Bettensteuer rechtlich überhaupt haltbar ist. Herr Müller sagt, dass das Selbstveranlagungsverfahren wie bei der Vergnügungssteuer den geringsten Aufwand mit sich ziehe. Zumindest bei der Vergnügungssteuer laufe dieses Verfahren gut. Man müsse dennoch, zumindest anfangs, mit einer Personalaufstockung rechnen.

Herr Lux sagt, dass die Bettensteuer vom Nds. Wirtschaftsminister durchaus für rechtmäßig gehalten werde. Er bedankt sich außerdem nochmals beim Bereich Finanzen für die gute Arbeit in Sachen Haushaltssicherung.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 206:

Herr Messing stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Herr Lux möchte festhalten, dass trotz der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahme die Wirtschaftsförderung der Stadt nicht gänzlich aufgegeben werden solle. Vielmehr wolle er diese Aufgabe zukünftig professionalisieren und denke dabei an die SGB. Herr Klockow hält diese Idee für illusorisch, da dies durch die SGB nicht finanzierbar sei. Er spricht sich für eine weitere ehrenamtliche Wirtschaftsförderung aus, will dies aber nicht an bestimmten Personen festmachen. Herr Messing hält die Stelle des ehrenamtlichen Wirtschaftsförderers für entbehrlich. Herr Schroth sieht teilweise persönliche Dinge im Vordergrund bei der Abschaffung des ehrenamtlichen Wirtschaftsförderers. Eine professionelle Ausübung der Wirtschaftsförderung sei in Barsinghausen wohl eher nicht finanzierbar. Herr Neugebauer spricht sich für den ehrenamtlichen Wirtschaftsförderer aus.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 207:

Der Vorschlag soll ab 2015 umgesetzt werden, sobald die Stelle frei wird. Dem Vorschlag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 208:

Dem ab 2013 umzusetzenden Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 209:

Herr Lux trägt vor, dass dieser Vorschlag solidarisch verstanden werden solle und den Beitrag des Rates zum Haushaltssicherungskonzept aufzeigen solle. Die Formulierung „Fraktionsmitgliedern“ wird als kritisch betrachtet. Der inhaltlich gleiche Änderungsantrag der SPD-

Fraktion mit der Formulierung „Ratsmitglieder“ wird daher zur Abstimmung gestellt. Dem Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Herr Steuernagel gibt bekannt, dass die Konsolidierungsoptionen, denen bislang zugestimmt worden sei, eine Summe von 2,8 Mio. EUR ausmachen.

Herr Messing beantragt eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung. Diese wird einvernehmlich durchgeführt.

Lfd. Nr. 143:

Herr Lux stellt den Antrag, den Hebesatz der Gewerbesteuer in 2016 auf 480v.H. zu heben, also zusätzliche 334.000 EUR als Konsolidierungssumme hinzuzufügen. Herr Schroth und Herr Klockow sprechen sich gemeinsam gegen eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer aus und plädieren dafür, die ausstehende Differenz über die Grundsteuer zu regulieren. Frau Westphal sagt, dass sie und ihre Fraktion die Bürger über die Grundsteuer nicht noch weiter belasten wolle und daher eine Erhöhung bei der Gewerbesteuer zur Erreichung des Konsolidierungsziels notwendig ist.

Im Ausschuss wird kontrovers über die grundsätzliche Anhebung der Gewerbesteuer diskutiert. Dem gemeinsamen Antrag der SPD- und Grünen-Fraktion wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 144:

Herr Klockow beantragt, die Grundsteuer im Jahr 2016 auf einen Hebesatz von 550 v.H. zu erhöhen. Dem Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Lfd. Nr. 145:

Dem Vorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lfd. Nr. 146:

Dem Vorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Alle nicht erwähnten Vorschläge wurden einvernehmlich von der Konsolidierungsliste gestrichen.

Herr Steuernagel hält fest, dass das angestrebte Konsolidierungsziel durch die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen sogar übertroffen wurde. Herr Lahmann ergänzt, dass die heute beschlossenen Änderungen, insbesondere die veränderten Konsolidierungssummen bei der Kindergarten- und Krippengebühr nochmals überprüft werden und die erreichte Einsparsumme von rd. 5,4 Mio. EUR sich nochmals geringfügig ändern könne.

Die in den 5,4 Mio. EUR enthaltenen und zuvor beschlossenen Vorschläge werden als Gesamtpaket beschlossen und als Beschlussempfehlung dem Rat vorgelegt.

Dem Gesamtpaket Haushaltssicherungskonzept wird mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 3

Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die in der Anlage zu dieser Beschlussempfehlung genannten Konsolidierungsmaßnahmen Lfd. Nr. bis Lfd. Nr. werden als Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016 beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Maßnahmen umgehend umzusetzen.

**5. Einführung einer Kulturabgabe
- Antrag der UWG-Fraktion vom 27.01.2012-
Vorlage: XVII/0081**

Herr Neugebauer zieht den Antrag zurück.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zurückgezogen

**6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: XVII/0035**

Herr Bienert fragt, ob durch den Wegfall von Großprojekten in Baugenehmigungsverfahren auch weniger Personal benötigt werde. Herr Lahmann verweist auf den nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss.

Herr Messing fragt, was im Vorbericht auf Seite V34 mit Beratung und Rechtsschutz gemeint ist und wie sich dieser hohe Ansatz erklären ließe. Herr Lahmann und Herr Müller sagen, dass dies überwiegend auf die Beratungsleistungen für die Neuvergabe der Gaskonzession zurückzuführen ist.

Herr Bienert erkundigt sich nach dem deutlichen Anstieg der Kosten im Produkt Büchereien. Herr Lahmann antwortet, dass die Bibliothekshelferinnen in der Goetheschule und am Schulzentrum aufgestockt wurden. Die Steigerung sollte ursprünglich durch eine Reduzierung der Stunden der Bibliotheksleitung aufgefangen werden. Dieser Vorschlag wurde jedoch vom Rat abgelehnt.

Herr Bienert beantragt für den nächsten Haushalt 2013 die Produkte „Innere Dienste“ und „Personalservice“ als wesentliche Produkte auszuweisen. Der Antrag wird als behandelt erklärt und im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2013 erneut vorgetragen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2012 werden beschlossen.

7. Anweisung der Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH
Vorlage: XVII/0065

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH werden gem. § 138 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt abzustimmen.

1. Der Jahresabschluss 2010 mit einer Bilanzsumme von 15.527.620,98 EUR und einem Jahresüberschuss von 68.471,01 EUR wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss i.H.v. 68.471,01 EUR wird zum Ausgleich des Verlustvortrages (37.278,61 EUR) verwendet.
Der verbleibende Betrag i.H.v. 31.192,40 EUR wird an die Gesellschafter ausgeschüttet.
3. Den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung erteilt.
4. Die PST Audit GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Hannover wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 bestellt.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller gibt bekannt, dass zwei Kredite prolongiert wurden. Ein ursprünglicher Kredit bei der KfW-Bank mit einem Zinssatz von 4,8% wurde um 10 Jahre zu 2,36% verlängert. Ein Kredit bei der Stadtsparkasse Barsinghausen mit einem ursprünglichen Zinssatz von 5,98% wurde für die Restlaufzeit zu 2,95% verlängert.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 23:00 Uhr geschlossen.

Marc-Oliver Steuernagel
Ausschussvorsitzender

Marc Lahmann
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler
Protokollführung